

Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Spitzenverbände Nordrhein-Westfalen



Landtag Nordrhein-Westfalen
Herrn Dietmar Brockes, MdL
Vorsitzender des Ausschusses
für Europa Und Internationales

Ausschließlich per E-Mail: anhoerung@landtag.nrw.de

LANDTAG
NORDRHEIN-WESTFALEN
17. WAHLPERIODE

**STELLUNGNAHME
17/3387**

Alle Abg

Partizipation an EU-Programmen – A06

Ihr Schreiben vom 6. November 2020

Sehr geehrter Herr Brockes,

wir bedanken uns für die Möglichkeit, eine Stellungnahme zum Antrag der SPD-Fraktion „Partizipation an EU-Programmen sicherstellen – Die Landesregierung darf die Kommunen nicht im Stich lassen!“, Drucksache 17/1117, abzugeben.

Nachfolgend fassen wir die aus kommunaler Sicht maßgeblichen Punkte zusammen:

Der Strukturwandel stellt die Kommunen in Nordrhein-Westfalen vor große Herausforderungen, nur die Ausgestaltung des Wandels schafft langfristige Perspektiven für die Menschen und die Wirtschaft vor Ort.

Daher ist die Strukturpolitik der Europäischen Union für Nordrhein-Westfalen und seine Städte und Kreise unverzichtbar. Der Europäische Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) zielt dabei auf die Förderung von Innovation und Forschung in den strukturschwachen Regionen, der Europäische Sozialfonds (ESF) unterstützt die Aus- und Weiterbildung bzw. Qualifizierung der Menschen in Nordrhein-Westfalen und der Fonds für die Entwicklung des ländlichen Raumes (ELER) zielt auf die Förderung des ländlichen Raums. Besonders der Europäische Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) spielt vor dem Hintergrund des Strukturwandels eine besondere Rolle, denn er bedeutet eine direkte Unterstützung der strukturschwachen Regionen in Nordrhein-Westfalen.

Der Antrag „Partizipation an EU-Programmen sicherstellen – Die Landesregierung darf die Kommunen nicht im Stich lassen!“ befasst sich mit der Kofinanzierung der EFRE-Mittel und kritisiert den fehlenden Einsatz der Landesregierung gegen die Herabsetzung des EU-Finanzierungsanteils für stärker entwickelte Regionen, zu denen auch Nordrhein-Westfalen gehört, von derzeit 50% auf künftig 40% in der

07.12.2020

Städtetag NRW
Detlef Raphael
Beigeordneter
Telefon 030 37711-600
detlef.raphael@staedtetag.de
Gereonstraße 18 - 32
50670 Köln
www.staedtetag-nrw.de
Aktenzeichen: 72.07.61 E

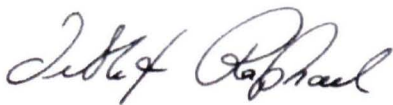
Landkreistag NRW
Dr. Marco Kuhn
Erster Beigeordneter Telefon 0211 300491-300
M.Kuhn@lkt-nrw.de
Kavalleriestraße 8
40213 Düsseldorf
www.lkt-nrw.de
Aktenzeichen: 80.10.06

Städte- und Gemeindebund NRW
Horst-Heinrich Gerbrand
Geschäftsführer
Telefon 0211 4587-241
Horst-Heinrich.Gerbrand@kommunen.nrw
Kaiserwerther Straße 199 - 201
40474 Düsseldorf
www.kommunen.nrw
Aktenzeichen:

kommenden Förderperiode 2021-2027. Das führt zu der Einschätzung, dass dies insbesondere für Kommunen, die unter einer angespannten Haushaltslage leiden, entweder zu weiteren erheblichen finanziellen Belastungen führen oder aber die Fortführung erfolgreicher Projekte und Initiativen massiv gefährden wird.

Wir teilen die Kritik und die Folgeneinschätzung für die Kommunen und halten die vorgesehene Ko-Finanzierungsrate von 40% für stärker entwickelte Regionen für inakzeptabel. Denn auch diese Regionen haben mit erheblichen Einnahmeausfällen bei Steuern und Gebühren z. B. aus Nahverkehr und Kultur zu kämpfen, wie sowohl die Steuerschätzung vom Mai 2020 als auch vom September 2020 aufzeigen. Gleichzeitig konstatiert der Länderbericht Deutschland für das europäische Semester 2020 einen hohen Nachholbedarf an Investitionen, die angesichts zu erwartender hoher Haushaltsdefizite kaum gestemmt werden können. Damit von den ESI-Fonds klare Wachstumsimpulse ausgehen können, muss der Ko-Finanzierungssatz auf mindestens 50% für die stärker entwickelten Gebiete angehoben werden. Dass sich die Landesregierung im Rahmen ihrer Möglichkeiten für eine solche Erhöhung nicht hinreichend einsetzen würde, können wir nicht bestätigen.


Mit freundlichen Grüßen
In Vertretung



Detlef Raphael
Beigeordneter
des Städtetages Nordrhein-Westfalen



Dr. Marco Kuhn
Erster Beigeordneter
des Landkreises Nordrhein-Westfalen



Horst-Heinrich Gerbrand
Geschäftsführer
des Städte- und Gemeindebundes Nordrhein-Westfalen